

# Arbeiter-Zeitung



## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und die Umgegend

Das „Arbeiter-Zeitung“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist ein Blätterblatt-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und antizipiert den Zweck der Arbeiter-Zeitung. Dr. Müllerstraße 6. Vertriebsstellen: Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inverantwortlich: einflussreiche Manuskripten, ist das Redaktionsbüro zuständig.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 M. Subskriptionspreis 12 M. bei halbjährlicher Zahlung 5,40 M. bei vierteljährlicher Zahlung 3,60 M. für Abnehmer im Ausland 2,40 M. — Einzelheft 13 Pf. im Inland und 20 Pf. im Ausland. Hauptvertriebsstelle: Dr. Müllerstraße 6. Vertriebsstellen: Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Postfachnummer 2019 Erfurt.

### Haß und Lüge

#### Das Verbrechen der Mostauer

Auf Befehl Mostaus steht die Kommunistische Partei ihre hemmungslose Hege gegen die Sozialdemokratie fort. Statt den Kampf zu führen gegen die Nationalsozialisten, auf deren Rücken die „Leinen Leute“ in die Macht geteilt sind — ohne die Kommunistische Partei wäre im übrigen auch der Rücken der Nationalsozialisten nicht breit und hoch genug für diesen Aufstieg gewesen —, tritt die wohlberühmte Empörung des arbeitenden Volkes gegen das Kabinett der Barone und ihre reaktionären Pläne und Maßnahmen zu unterstützen, führen die Kommunisten den verwerflichen inneren Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung. Ihr einziges Sinnen und Trachten ist es, Haß zwischen die Arbeiter zu säen und das Mittel, das sie dazu anwenden, ist die Lüge.

Alle Nummern der „Roten Fahne“, die nach dem letzten 14tägigen Verbot wieder erschienen sind, tragen von gleichwohlweisen Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei. Haß und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Verneinung ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Antagonismus Strebens nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Wir haben alles vergessen, was Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit durch die großen Kämpfer des Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse gegeben haben, die gekämpften Erfahrungen, die die Arbeiterklasse aus dem Kampfe der vergangenen Jahre mit sich herübergetragen hat. Es gilt nur noch der hemmungslosste Haß.

Haß ist es, der sie bei Wahlen vorzuziehen läßt, daß das ganze deutsche Volk eine reaktionäre Klasse bildet von den Nationalsozialisten angefangen über Papen und die Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten! Haß ist es, der sie die folgenden Sätze prägen läßt:

„Da stehen sie nun vor euch, alle, die um den Bestand des kapitalistischen Systems bangen: der Clappenhengst von Charlebille und der Sozialdemokrat Paul Böbe, die Böhnen von der Burgstraße und der kleine Gockels, die Herrenflücker und die Zentrumsführer.“

Verunreinigung vorzubringen gegen diesen unlagbar izzigen Krumm gegen die Sozialdemokratie müde geworden.

Die gewissenlosen Durschen, die Paul Böbe in eine Linie stellen mit dem Egrotzprinzen, die Paul Böbe als Verleiber des kapitalistischen Systems bezeichnen, glauben selbst nicht, was sie den Arbeitern vortragen, und wir möchten den kommunistischen Arbeiter lesen, der diesen verlogenen und giftigsten Lügen glauben, den ihm keine eigene Drehe vorzieht!

Diese böherfüllen und verlogenen Heher sind ein Krebsgeschwür der deutschen Arbeiterbewegung. Sie führen mit Haß und Lüge die Zwitterkraft und sie hegen damit ebensolche die Geschäfte der feinen Leute, der Barone und der Monarchisten wie es die Nationalsozialisten getan haben!

In einer ebenfalls gleichgültigen Polemik gegen die Sozialdemokratie ist der „Rote Fahne“ vor einigen Tagen das Zugeständnis entzogen, daß ein Generalangriff auf die sozialen Erwerbschaften der Arbeiterklasse im Gange sei. Es ist sofort darauf selbenergeet worden, daß mit dem Zugeständnis, daß die deutsche Arbeiterklasse soziale Erwerbschaften zu verzeichnen habe, die Politik der Sozialdemokratie geschwächt sei. Alle Arbeiter wissen, daß es soziale Erwerbschaften gibt, sie wissen es ganz besonders, seitdem die Reaktion mit Macht gegen die sozialen Erwerbschaften auftritt!

Um die Hege gegen die Sozialdemokratie nach diesem Gefährnis fortsetzen zu können, spielen sie auf alle möglichen Lehren und Erkenntnisse, spielen sie auf die Lehre vom Klassenkampf und verbreiten sie das Märchen, daß die Bourgeoisie der Arbeiterklasse freiwillig Erwerbschaften zugesetzt! Soweit haben Haß und Lüge im Dienste der kommunistischen Propaganda gewirkt!

Gegner der Kommunistischen Partei, deren einziges Ziel ist Zwitterkraft zwischen die Arbeiter zu säen, ist Bangmut nicht am Platze. Sie muß klar und scharf bekämpft werden, damit die deutsche Arbeiterbewegung ihre ganze Kraft zum Kampfe gegen die Reaktion sammeln kann.

## Große Kundgebung der freien Arbeiter- und Angestelltenorganisationen

# Gewerkschaften gegen Papen-Plan

### Eindrucksvolle Abwehr der Vertreter von Millionen Schaffenden

Dienstagmorgen fand im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats eine öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt, auf der Jek Jarnow und Clemens Köpfer über den Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Stellungnahme der Gewerkschaften sprachen. Die Kundgebung endete mit der Annahme der folgenden Entschließung:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung trifft an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bestämpfen und den Binnenmarkt beleben. Letzt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erhebt aber durch die Konjunkturstabilisierung die industrielle Produktion und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.“

Dieser Widerspruch des Wirtschaftsprogramms zeigt sich in sozialer Welt. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Sandwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter

Druk gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuererleichterungen erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Werten Steuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterdrückt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung muß zugleich ihre Nachsichtung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu fördern.

Die Verhandlungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterklasse unerträglich. Die erzwungene Coexistenz steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gebude verbessert“ werden soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verhandlungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die traffe Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Enttäuschung und Enttäuschung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zer-

stört damit die Voraussetzung für eine Befehung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterklasse mißachtet, steht sich der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet. Die Gewerkschaften sind sich bemüht, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse zugleich der ganzen deutschen Arbeiterklasse dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenarbeit die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Lebens schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes.

Man kann die Kritik nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitervollständigen läßt und sich nur auf die Diktatorische der Interaktion beschränkt, sondern allein mit dem Einverständnis der Arbeiter durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fördern die Gewerkschaften die Arbeit von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.“

# Der Braunschweiger Fememord

### Brief eines SPD-Abgeordneten an den Reichsinnenminister

Eigener Bericht

Braunschweig, 18. Oktober.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielmann hat das folgende Schreiben an den Reichsminister des Innern gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! Braunschweig hat einen neuen Mord durch Nationalsozialisten erlebt. Der SS-Mann Walter Kamppe aus Schöpsel wurde durch den SS-Mann Willi Kanne auf der Landstraße bei Süde als einem Kulo gefasst und durch sieben Schüsse niedergestreckt. Beide gehörten der sogenannten SS-Stabschwade, die im heute Deiternowal 18a in Braunschweig untergebracht ist, an. Vor wenigen Tagen verurteilte ein anderer SS-Mann, Michalewski, einen tätlichen Angriff auf Polizeibeamte, die einen Stahlschloß, der zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg veranfaßt wurde, schloßen. Michalewski beging im Gefängnis einen Selbstmordversuch, indem er ein 21 Zentimeter langes Brotmesser verschluckte. Ein anderer jugendlicher SS-Mann, Claus Gantel, der wegen eines Bombenverbrechens in Haft lag, hat ebenfalls versucht, sich im Gefängnis zu töten. Weiter wurde der SS-Mann Söhnfeld am 11. Oktober mit einer Bruchstückenverletzung in das Landeskrankenhaus Braunschweig eingeliefert. Schönfeld lag vorher im SS-Heim „Vater Jahn“ am Kleinen Exzerzierplatz in Braunschweig. Ferner ist jetzt der in Cuthar a. Dbg. von seinen Parteigenossen überfallene SS-Mann Denneke in Goslar gestorben.“

Braunschweig ist nach wie vor ein Mordfeld. Ich darf bei dieser Gelegenheit auf die von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Ihnen vorgelegte Denkschrift über die Verhältnisse bei der braunschweigischen Polizei verweisen. In Braunschweig wird nicht eher Ruhe eintreten, bevor nicht sämtliche SS-Heime und Internierungslager der Nationalsozialisten geschlossen worden sind. Da nicht anzunehmen ist, daß der nationalsozialistische Innenminister, Herr

Klagges, gegen seine Parteifreunde, aus deren Reihen er ja sogar eine Hilfspolizei bilden wollte, vorgehen wird, gestalte ich mir, Sie noch einmal ausdrücklich auf die Verhältnisse in Braunschweig hinzuweisen. Ich bitte Sie, das braunschweigische Staatsministerium veranlassen zu wollen, daß die SS-Heime in Braunschweig geschlossen werden. Ich meine die in Braunschweig zusammengekommenen oberschlesischen Leute, die jetzt in dem SS-Heime untergebracht sind. Braunschweig wieder verlassen haben, darf mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung gerechnet werden.“

## Verdacht gegen Heines

### Die Verhaftungen schlesischer SA-Leute

Eigener Bericht

Breslau, 18. Oktober.

Die überkauften Bezeugungen zahlreicher SA- und SS-Leute im Zusammenhang mit den polizeilichen Ermittlungen über die bisher ungeklärt gebliebenen Gemordeten schlesischer Nationalsozialisten im August d. J. bilden in Schlesien gegenwärtig die Sensation des Tages. Weitere nähere Einzelheiten stehen allerdings noch nicht fest, da die Behörden mit Rücksicht auf den Gang der Untersuchungen jede Auskunft ablehnen. Wie nach und nach bekannt wird, sind die Festnahmen von dringenden der Teilnahme an den Sprengstoffattentaten verdächtigen SA-Leuten in der Hauptstadt in und um Breslau und Görtz sowie in der Gegend von Reichensbach und Koblitz erfolgt. Mehrere Nationalsozialisten sollen sich der drohenden Rettung durch die Flucht entzogen haben. Restlos aufgeklärt ist bisher nur der Mordfall auf den sozialdemokratischen Schriftleiter Paschke in Langenbielau. Es besteht jedoch die Aussicht, daß die übrigen hunderttausendigen Gemordeten bereits in den nächsten Tagen restlos aufgeklärt sein werden. Von verdächtigen Seiten hört man, daß

die in Sachen dieser Mordfälle bevorstehenden Sondergerichtsverhandlungen höchstwahrscheinlich noch vor Wahlen zu erwarren sein und allergrößtes Aufsehen erregen werden.

Das Verdadmaterial gegen Heines soll außerordentlich groß sein. Immer lauter wird das Gerücht, daß die Nazisüberfälle ausnahmslos von dem wegen seiner hemmungslosen Gemordetenstellen jettim bekannten Gauführer der schlesischen SA organisiert worden sind.

## Frankreich für Genf

### Gegen Papens Einwürfe

Eigener Bericht

Paris, 18. Oktober.

Der „Egloffier“ meldet, daß die französische Regierung mit Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge erwarre. Sie habe keinen Grund dazu, auf Genf als Tagungsort zu verzichten, falls Macdonald sich für verpflichtet halten sollte, einen anderen Sitz für die Konferenz vorzuschlagen. Ingefall eines Denkmal, das, wie es dem Papen hat, sehr gut wäre, was es nicht wäre, ist es notwendig, daß Frankreich und England wählen, was sie wollen, und daß sie deren mit Entschiedenheit festhalten. Die letzte Rede des Reichspräsidenten, der entschlossen zu sein scheint, seiner Wählkampagne die Außenpolitik zugrunde zu legen und dabei noch Stiller zu überempfinden, lasse keinen Zweifel an seinen Absichten bestehen.

## Macht Schluß mit Hitler

### Kumpanci, Erwachtes Volk wählt Liste zweier Sozialdemokraten!

# Die Gewerkschaftsfinanzierung

## Gegen Lohnraub und Kapitalistenwillkür, für Arbeitsbeschaffung und Tarifrecht

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund nahmen gestern in einer öffentlichen Kundgebung im Plenarsaal des Reichstages Reichsministerpräsidenten zu dem Wirtschaftsjahr der Reichsregierung kritisch Stellung. An der Kundgebung nahmen außer den Mitgliedern der Bundesräte des DGB, und des AFA-Bundes die Vertreter der Berliner freien Gewerkschaften, der Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Otto Weis, und als Vertreter des Reichsarbeitsministers sowie der selbstverständlich verbundenen Reichsregierung Ministerialdirektor Eichler teil.

### Theodor Leipart

eröffnete die Kundgebung mit der Bemerkung, daß schon ganz besondere Gründe vorliegen müssen, wenn sich die beiden Bundesvorstände der freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit an die Öffentlichkeit wenden.

Die Bundesvorstände beschließen nicht, sich auf dieser Kundgebung mit der Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung zu befassen. Die Kundgebung soll sich lediglich darauf beschränken, der Öffentlichkeit die Auffassung der freien Gewerkschaften zum Wirtschaftsjahr der Reichsregierung (sowie zum rechtlichen als auch zum wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkt aus darzulegen. Beide Vorstände haben beschlossen, ihre Klagen und Bitten in einer öffentlichen Kundgebung vorzubringen in der Hoffnung, daß sie beachtet werden.

Mit leidenschaftlich bewegten Worten wandte sich Theodor Leipart gegen die Auslassungen des Reichstanzlers von Papen, der jeden, der sich nicht hinter die Reichsregierung stellt, als Feind der Nation bezeichnet hat. Er fragte, ob man etwa auch alle die als Feinde der Nation bezeichneten, die am 6. November ihre Stimme nicht für die gegenwärtige Reichsregierung abgeben werden.

Leipart wendete sich auch entschieden gegen die Unterstellung, die Gewerkschaften seien schuld daran, daß durch ihren Widerstand gegen den 4. und 6. September überordneter Mißbrauch der Arbeitslosen nicht wieder in die Betriebe kommen.

### Fritz Tarnow

wies an die Forderung des letzten außerordentlichen Gewerkschaftstages zur Arbeitsbeschaffung. Wir haben damals einen Arbeitsbedarf von 2 Milliarden angenommen, um eine Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man hat uns Inflationsbedenken entgegengehalten. Nach dem Plan der Reichsregierung soll eine größere Kapitalflut im Laufe eines Jahres mobilisiert werden. Es ist für uns sehr bemerkenswert, daß das Inflationsgesetz dagegen in gewissen Kreisen verurteilt ist. Das kann nicht begründet werden mit der Veränderung der Finanzierungsmethode, nur der Verwendungszweck altert oft ein anderer.

Wir wollten 2 Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuererlöse abgeben an die Unternehmer verteilen und das ist es wohl, was manche Inflationsfurchen bewirkt hat.

Seider ist die Regierung unserem Vorschlag der direkten Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Sie will die Arbeitsbeschaffung grundsätzlich über den Weg der privaten Unternehmerrinitiative, und sie nimmt einfach an, wenn man den Unternehmern Geld gibt, lassen sie schon mehr arbeiten.

Wir werden uns keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft.

Dazu können wir deren Eiern und grenzenlose Verzweiflung viel zu gut, als daß wir den Wunsch haben könnten, das Ziel der Arbeitsbeschaffung möge scheitern. Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos veran worden wäre.

Rechtschaffenheit oder müssen wir protestieren gegen den Teil des Planes, der mit unerschütterlicher Härte in den Lebensnerv der Arbeiterklasse und ihrer Familien Rechte einbricht. Wenn die Regierung schon 1,5 Milliarden an die Unternehmer verschickt, wenn sie noch weitere 700 Millionen an Einkommensteuern prämiert dazufließen kann, wie konnte sie auf den unersättlichen Gebanten kommen, auch noch die Lohnentzugsströme der Arbeiter

mit in den Gießenskorb zu werfen? Man erzählt sich, daß anfangs zwischen zwei Ministern ein Streit darüber gewesen sei, ob Einstellungsprämien oder Lohnentzug, und nur weil man sich nicht abstimmen können, seien schließlich beide Vorschläge zusammengebracht worden. Das wäre dann in jeder Beziehung das Gegenteil einer rationalen Entscheidung gewesen.

Symptome ist es anfanglich der Lohnentzugsverordnungen ganz deutlich geworden. Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren

Wirtschaftsplan von den offensichtlich ausfallenden Seitenströmungen zu bereinigen, und wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

### Glemens Körpel

spricht indem über den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts.

Die Gewerkschaften haben gegen das Wirtschaftsjahr der gegenwärtigen Reichsregierung vor allem ernste Bedenken in sozialpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht. Dazu kommen noch die ebenso ernsten Bedenken der Gewerkschaften gegen die stehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtstellung der Arbeiter im Staat sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht.

Die Reichsregierung hat durch ihre Maßnahmen in Rechtsgrundlagen eingegriffen, die gleichzeitig die Grundlagen jedes Staatslebens sind.

Unter ganzem Staatsleben, die Zukunft des deutschen Volkes hängt ab von der Gestaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß der gegenwärtige Kampf ein Kampf um die persönliche Freiheit des Arbeiters und ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ist.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Sie stehen in diesem Kampf so gut wie allein, sie sind nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Deshalb ist Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig oberstes Gesetz. Die Arbeiter, die bisher abseits standen, werden nun endlich auch begriffen, daß sie sich den Gewerkschaften anschließen müssen, wenn sie nicht rechtlos werden wollen.

## Die „Entküllungen“ um Klepper

### Harzburger Stinkbomben plagen / Nichts mit den Verleumdungen

Am Dienstag trat der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zusammen, um den Anlauf von Aktien der „Rheinischen Volkszeitung“ durch die Harzburger Stinkbombenfabrikanten vor dem Beginn als der weitere Verlauf der Verhandlung überaus entscheidend. Sowohl der deutschnationalen Vorhänge des Ausschusses, als auch der deutschnationalen Reichstagespartei, wurden wegen ihrer Parteilichkeit als auch wegen der Unvorsichtigkeit des Berichts von allen Seiten mit den heftigsten Angriffen überschüttet. Als dann Minister Klepper als Zeuge anwesend wurde, verkehrte er mit größter Bestimmtheit, daß er sich mit einem Manne wie Steuer, der ihn als den Jäger der preussischen Staatsfinanzen bezeichnet habe, nicht unterhalten werde.

Der Ausschuss beschloß mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen, daß der Deutschnationalen Steuer dem Minister Klepper keine Zeuge zu stellen habe, sondern daß die Angelegenheit durch den Vorhänger weiterzuführen.

Rummehr kann die Vernehmung des Ministers Dr. Klepper beginnen. Der Zeuge sagt aus, über das Geschäft der Preussentafel mit der „Rheinischen Volkszeitung“ habe zunächst eine Befragung zwischen ihm und dem Minister Hirtfelder stattgefunden. Er sei davon gesprochen worden, daß der Görres-Berlag in Köln eine Kapitalerweiterung notwendig habe, daß es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen, und daß insbesondere die Gefahr einer Beteiligung ausländischen Kapitals bestehe. Dann habe eine Besprechung mit Braun und Höpfer-Abhoff stattgefunden. Die Absicht war von vornherein, staatliche Mittel dafür in Anspruch zu nehmen, die Mittel der Preussentafel aber nur vorübergehend. Solche Geschäfte sind sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden. Es erinnere nur an den Reichsfinanzrat, den die Preussentafel 1914 im Einkommensteuern der Staatsregierung für die Übernahme des Scherl-Berlages zur Verfügung gestellt hat. (Große Heiterkeit und Höpfer-Abhoff). Der Kredit ist ordnungsgemäß von zwei Direktoren-Mitgliedern

unterzeichnet worden, nämlich von Direktor Albersmann und Dr. Klepper selbst. Im übrigen habe er sich auch nicht auf die Unterlagen verlassen, die ihm Minister Hirtfelder gezeigt habe, sondern er habe einen Status des Görres-Berlages aufstellen lassen.

Eine Frage des Vorhänger betraf den Dr. Klepper, der Anlauf von „Germania“-Aktien im Werte von etwa 100 000 Mark durch die Preussentafel aus dem Verfall der „Rheinischen Volkszeitung“ sei nicht etwa erfolgt, um den Görreshaus-Berlag flüssige Mittel zu verschaffen, sondern aus anderen Gründen, die zur Beilegung an der „Rheinischen Volkszeitung“ geführt hätten.

In einer längeren Auseinandersetzung über die Frage des Risikotragers erklärt der Zeuge, daß hinsichtlich des kapitalmäßigen Risikos eine endgültige Regelung nicht erfolgt ist, solange Höpfer-Abhoff Minister war. Er selbst habe sich bezüglich des Risikos im Interesse der Preussentafel auf den Staat zu legen, doch sei ein Definitivum wegen der großen Zurückhaltung des Ministers Höpfer-Abhoff nicht zustande gekommen. Das amnisierte Risiko tragen habe er, der Zeuge, als Finanzminister.

Der Vorhänger bringt dann die Sprache darauf, daß der Kredit, den die Preussentafel der Heimbank gewährt habe, um damit Aktien der Görreshaus-AG zu kaufen, von der Arbeiterbank übernommen worden ist, so daß auf eine deutsche Bank ein Antrag im Hinblick die Regierung erlassen konnte. Die Preussentafel sei nicht an der „Rheinischen Volkszeitung“ beteiligt.

Klepper betont, daß er persönlich die Anfrage nicht beantwortet habe, sondern daß die Verantwortung für diese Antwort der damalige Finanzminister getragen habe. Material rüde er selbst jedoch von dieser Antwort auch in seiner Zeile ab. Auf weitere Fragen erklärt er, zwischen ihm und dem Direktor der Arbeiterbank, Geheimrat Baagem, seien irgendwelche juristische Verbindlichkeiten der Preussentafel, den Kredit wieder zurückzubehalten, nicht vereinbart worden. Klepper habe allerdings für seine Bilanz vom 31. Dezember 1931 eine gewisse Entlastung haben wollen, deshalb habe er sich mit einem Brief der Preussentafel an die Arbeiterbank einverstanden erklärt, der diese Entlastung der Arbeiterbank ermöglichte. Über die Bedeutung dieses Briefes habe nicht weiter gesagt, daß ein schon bester Zustand bestätigt wurde, sondern daß ein neuer Zustand begründet wurde. Infolgedessen habe der Finanzminister die Anfrage tatsächlich so beantwortet können, wie er sie beantwortet habe.

Vorl. Jubte: Die Preussentafel hat diesen Brief nicht beantwortet, obwohl die Rückzahlung der Preussentafel-Geschäfte, wobei sie nicht nur das alte Engagement übernahm, sondern auch noch erhebliche Zinsen. Konnten Sie das beantworten?

Zeuge Klepper: Das konnte ich sehr wohl beantworten, weil der Sinn des Geschäfts der war, daß der Staat durch ein ihm nahe stehendes Institut die Finanzierung der „Rheinischen Volkszeitung“ durchführen wollte.

Vorl. Jubte: Welche Risiken haben Sie damals von den Genossenschaften verlangt? Und bestanden bei den Genossenschaften damals nicht eine große Rolle?

Zeuge Klepper: Die Preussentafel hat während meiner ganzen Amtszeit in meinem Stadium erklärt, sie sei nicht in der Lage, den Genossenschaften Kredite zu geben. Sie ist vielmehr in der Lage gewesen, die Kredite zur Verfügung stellen, die nötig waren. Wenn im allgemeinen eine restriktive Kreditpolitik getrieben wurde, so daß z. B. während meiner Amtszeit das Kreditvolumen von einer Milliarde auf ungefähr 600 bis 700 Millionen zurückgegangen ist, dies aber nur in der abschätzigen Zeit, so war das ein Ausfluß der allgemeinen Kreditpolitik, die nur zur Folge gehabt hat, daß das Genossenschaftswesen während der ganzen Zeit der Bankentzerrung ohne fremde Hilfe von der Preussentafel durchgehalten werden konnte. Das Genossenschaftswesen hat mir niemals Zurückhaltung gegenüber den Genossenschaften angedeutet, sondern immer nur aus allgemein kreditpolitischen Gründen. Diese Politik hat sich gerechtfertigt.

Die weitere Vernehmung des Finanzministers Dr. Klepper im Hinblick des Preussischen Landtags über die Harzburger Stinkbomben arte in

eine ernste Debatte über das Risiko der Preussentafel bei dem Finanzgeschäft mit der „Rheinischen Volkszeitung“ und die Frage der Verantwortung der beteiligten Personlichkeiten aus.

Abg. Dr. Ruhs (Mag.) brachte die Sprache nochmals auf das Aktienpaket der „Germania“. Der Zeuge erklärt hierauf, er habe sich bei der Übernahme dieser 120 000 „Germania“-Aktien nicht etwa um eine Finanzierung der „Germania“ gehandelt, sondern alle Aktien der „Germania“, deren man damals habhaft werden konnte, wurden aufgekauft, um zu verhindern, daß ein Defizit in der Preussentafel, die absolute Mehrheit in seinen Verfall bringen konnte. (Zuruf: Wer war denn dieser Großaktionär?) Zeuge Klepper: Der Reichstanzler von Papen. (Große Bewegung.)

Abg. Lechner (3.): Mit dem Zeugen bekannt, daß auch andererseits Gelder des Staates oder des Reiches für ähnliche Zwecke verwendet wurden, etwa Gelder der Bank für Industrieobligationen (Stillebank) zugunsten der „Deutschen Tageszeitung“? Oder ist nicht auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterliegt worden? Zeuge Klepper: Derartige Gerüchte sind mir bekannt. Abg. Weisinger (3.) fragt den Zeugen, ob von seinem Vorgänger in der Preussentafel Gelder zu verschiedenen Finanzierungszwecken gegeben worden seien. — Zeuge Klepper: Ja wohl. Es sind etwa 100 Millionen ausgegeben worden, wie dies schon im Kassen-Ausfluß festgelegt wurde.

Ministerpräsident Braun fragt aus, er wolle nicht mehr, ob jetzt Minister Hirtfelder mit ihm verhandelt habe, er erinnere sich nur, daß vielleicht in Gegenwart Hirtfelder der Finanzminister Höpfer-Abhoff ihn gefragt habe, ob er Bedenken gegen die Vergabe des Geldes an die „Rheinische Volkszeitung“ habe. Er habe darauf nicht geantwortet, er habe keine Bedenken, im Gegenteil wäre es aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht, diese Zeitung zu unterstützen. In welcher Weise das Geschäft durchgeführt worden ist, darum habe er sich weiter nicht gekümmert.

Vorl. Jubte: Haben Sie sich mit der Frage beschäftigt, ob die Preussentafel belugt war, ein solches Geschäft zu machen?

Ministerpräsident Braun: Das war Sache des Reforminstitutes. Ich hatte nur die politische Seite der Angelegenheit zu prüfen. Im übrigen hätte die Preussentafel ja so viel Millionen an Anlagekapital in andere Geschäfte gegeben, daß mir gar nicht der Gedanke gekommen ist, sie könnte nicht belugt sein, ein so einwandfreies Geschäft zu machen.

Nach weiterer längerer Vernehmung Otto Drauns wird beschloßen, Reichstanzler von Papen, Staatsminister Pfand und den Präsidenten Heffterich von der Preussentafel und einige andere Zeugen zu laden.

## Das Unterhaus tagt

### Eigener Bericht

London, 18. Oktober. Das Parlament trat am Dienstagmorgen zusammen. Die Plätze der Mitglieder und die Galerie waren fast besetzt. Die nächsten Tage werden der Behandlung der Abmachungen von Ottawa gewidmet sein, die vor Beginn der neuen Parlamentssession verabschiedet werden sollen. Inzwischen sind für die Regierung nicht zu befürchten infolge der gewaltigen konservativen Majorität, über die sie verfügt. Bevor die Regierung mit ihrer Verbilligung der Abkommen von Ottawa begann, wurden einige Anfragen beantwortet.

## Neuer Vorsitzender der englischen Arbeiterpartei

Henderson hat seinen Vorfall in der Labour Party niedergelegt. Er hält es für wünschenswert, daß der Vorsitzende der Partei zugleich der Führer der parlamentarischen Fraktion ist, wie das bisher immer der Fall war bis zu den letzten Generalwahlen. Nach diesen wurden die beiden Ämter geteilt, weil Henderson seinen Parlamentssitz erhielt. Henderson konnte sich wegen seiner Gesundheit und wegen seiner Arbeit auf der Arbeitslosenfront in den folgenden Monaten nicht bei einer Nachwahl in das Parlament wählten lassen. Ein Nachfolger ist noch nicht bestimmt worden. Es werden bald hürte Salisbury, der Führer der parlamentarischen Fraktion, den Vorfall der Partei übernehmen. Henderson bleibt Generalsekretär der Labour Party.

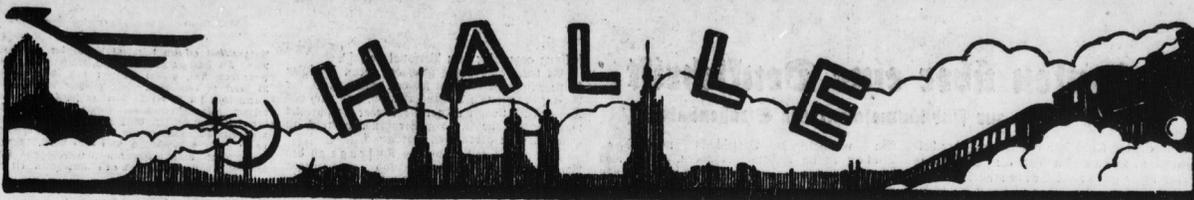
## Haffbefehl gegen Nazis

### Eigener Bericht

Breslau, 18. Oktober. Wegen Mordverdachts in drei Fällen in Latschitz mit Vergewaltigung des Sprengstoffes ist im Zusammenhang mit den zahlreichen Bombenattentaten in Schlesien, an deren Ausführung Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden gegenwärtig feierhaft arbeiten, gegen den Oberführer der SA der Untergruppe Mittelerschlesien-Süd u. Ober- und Reichsbach und seinen Adjutanten Graf Sprell Haffbefehl ergangen.

## Sachsen-Landtag nicht aufgelöst

In der Dienstagstagung des Sächsischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Aufstellungsantrag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Der Landtag gegenwärtig eine Reihe sozialdemokratischer Klagen an, die eine umfangreiche Hilfsaktion für die Arbeitslosen verlangen.



### Den radikalen Wählern von gestern

"Warum" — fragt mancher Wähler  
Und blickt verdrossen drein —  
"Warum soll denn jetzt wieder  
Ein Wahlkampf nötig sein?  
Nochmal den ganzen Zauber,  
Den Zug, den Trug, den Dreck?  
Hat das denn überhaupt noch  
Für unsseins 'n Zweck?" —  
Schimpf nicht, verehrter Wähler!  
Dein Grollen ist verfehlt!  
Der Wahlkampf war nicht nötig,  
Fähtst du nicht falsch gewählt!  
Du warst hineingefallen,  
Weil du so gläubig bist,  
Doch dir noch heut der Schwindler  
Nicht klar geworden ist!  
Ob Nazis oder Nazis  
Dich leimten, das ist gleich —  
Sie führten viele Neben —  
Und Papen führt das Reich ...  
Und du wirst immer wieder  
Der Angeführte sein,  
Kerulst du nicht unterscheiden,  
Was Wahrheit ist — was Schein!  
Jetzt hast du bis November  
Zeit — Ueberleg dir mal  
Bis dahin: Wieder wählen  
Geht doch nicht "Wiederwahl!"  
Wenn du am 6. 11.  
Nochmal zur Wahl marschierst —  
Welleichst du bist du dann endlich  
Gewinnt — und korrigerst! Tutu.

### Eiserne Front

Alle Kameraden der Eisernen Front besetzen  
mit ihren Angehörigen am Freitag, dem  
21. Oktober, 20 Uhr, den Film "Des Seines  
Schwert", der Film vom Kampf ums  
Wort der menschlichen Gesellschaft, im großen  
Saal des "Volksparks". Eintritt 20 Pfennig, für  
Ermittelte und Jugendliche 10 Pfennig.

### Die Kampfstellung

### War das ein Wind!

Ein Herbststurm mit Windstärke 11.  
Ein Herbststurm von berber Gewalt  
braute gestern Abend durch das Land und richtete  
Unheil an. Auf dem Flughafen in Sch. Feu-  
ditz wurde gegen 3 Uhr abends Windstärke 11  
(Durchschnittsgeschwindigkeit des Windes 72 Kilometer  
in der Stunde) gemessen. Während am  
dem Bande die Sturmfluten teilweise ganz  
erschreckend waren, kam Halle verhältnismäßig glimpflich  
davon. Gemäßigte der starke Wind blies  
von den Dächern und von den Fenstern,  
so daß jeder, der es konnte, zu Hause blieb; aber  
allzu schlimm wurde es nicht. Nur in einem  
Falle mußte die Feuerwehr alarmiert werden,  
als nämlich ein an einem Möbelschrank in der  
Großen Steinstraße angebrachter  
Platzt sich lösterte und herabstürzende drohte.  
Die Gefahr ward bald beseitigt. Erst werden  
noch Schäden bekannt vom Ende der Stadt, wo  
der Sturm sich heftiger ausbreiten konnte. Auf  
dem Nordfriedhof, ebenso wie auf dem Sandanger  
wurden je zwei Pappein aus dem Erdreich herausgerissen. Daneben riß der Wind von den  
Bäumen auch eine Reihe Äste.

### Die Kriegsober der Sündenburg

Man schreibt uns: Auf Anregung der Vertreter  
des Reichsausschusses der Kriegsgeschädigten  
hat beim Reichspräsidenten ein Empfang des  
Vorstandes des Reichsausschusses der Kriegsgeschädigten  
und Kriegsverletztenangehöriger statt.  
Der Vorsitzende des Reichsausschusses Grelag,  
hat eindringlich die gegenwärtigen Verhältnisse in  
der Versorgung und Fürsorge besprochen. Der  
Reichspräsident wurde besonders auf die Schwierigkeiten  
hingewiesen, die durch die Notverordnungen  
bei der Waisenversorgung und durch die  
Anrechnung der Kriegsväter auf die Sozialrenten  
entstanden sind. Ferner wurde eine kurzgefasste  
Bitte für die Kriegsgeschädigten Reichsausschusses  
als unerlässlich bezeichnet.  
Der Reichspräsident ver sprach, soweit es die  
finanzielle Lage des Reiches gestatte, eine allmähliche  
Verbesserung der Versorgung einzutreten zu  
lassen. Er gab auch dem mit anwesenden Reichs-  
arbeitsminister Dr. Schäfer die Anweisung, eine  
allmähliche Milderung einer Reihe von Härten,  
die sich bei der Durchführung der Notverordnungen  
ergeigt haben, anzutreiben.

## Das Ende einer Nazi-Korruption

### Schlachthofdirektor Altenstein amteinentoben - Staatsanwalt greift ein

Mit dem gestrigen Tage hat ein großer nationalsozialistischer Korruptionsfall seinen Abschluß gefunden. Schon seit längerer Zeit drangen Gerüchte gegen die Direktoren des Städtischen Schlachthofes, Wallenberg und Altenstein, in die Öffentlichkeit, die in letzter Zeit immer bestimmtere Formen annahm. Vor einer Woche erfolgte bereits eine Neukörper der städtischen Behörden, die erkennen ließ, daß tatsächlich Verfehlungen vorgenommen waren. Die Ermittlungen haben sehr rasch ergeben, daß Altenstein herab gelassen ist, daß seine Weiterverwendung nicht in Frage kommt, und so gibt die Pressestelle des Magistrats heute folgende Mitteilung heraus:

"Durch Verfügung des Oberbürgermeisters der Stadt Halle vom 18. Oktober ist der Schlachthofdirektor Dr. Altenstein vorläufig seines Dienstes entlassen worden. Inzwischen sind die Untersuchungsakten an den Herrn Staatsanwalt abgeliefert. Mit Rücksicht auf das unumkehrbare Verfahren kann insoweit weiteres noch nicht gesagt werden."

Altenstein hat das noch kommen sehen, denn schon vor einiger Zeit hat er sich auf 6 Wochen krank gemeldet. Daß aus der vorläufigen Amtsenthebung eine dauernde wird, daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Man wird im Gegenteil damit rechnen müssen, daß noch manches ans Tageslicht kommt, was die Herren des Schlachthofes bisher verhehlen konnten; geschäftlich sind sie ja vorgegangen. Aber was bis jetzt schon bekannt ist, wirkt ein bezeichnendes Licht auf die Moral der nationalsozialistischen "Erneuerer", die sonst immer sehr eifrig sind, nach Verfehlungen bei anderen heranzufahren.

### Nationalsozialisten kam die Mindererschaft im Schlachthof zugute.

Darum brachte auch der "Kampf" den traurigen Mut auf, als die Verfehlungen bereits offensichtlich waren, zu schreiben: "Wir werden in den nächsten Tagen auf die haltlosen Gerüchte, Sensationen usw., die man in der Berichterstattung ausgeht hat, eingehen." Die Dienststelle wartet schließlich darauf, daß die Nazis dieses Verfehlens endlich wahr machen und sich verantworten.

## Konferenz der Arbeiter-Wohlfahrt

### Für den Bezirk Halle-Merseburg

Am vergangenen Sonntag fand im "Volkspark" die Bezirkskonferenz unserer Wohlfahrtsorganisation statt. Ihr ging voraus eine Sitzung des engeren Bezirksvorstandes, in welcher rein organisatorische Fragen erledigt wurden. Die Bezirkskonferenz war von fast allen angeschlossenen Ortsauschüssen besetzt worden, nur wenige Orte waren nicht vertreten.

Nach einigen Worten der Begrüßung eröffnete die Bezirksvorsitzende, Genossin Schöb, die Konferenz und stellte als ersten Punkt der Tagesordnung eine Besprechung über den diesjährigen Arbeitsertrag auf die Tagesordnung. Es muß trotz der Not der Zeit verjagt werden, die Soße an den Mann bzw. an die Frau zu bringen, denn da die Mittel von allen Seiten immer härter werden, sind wir um so mehr gezwungen, uns diese Einkommensquelle zu sichern, denn wir auch als Sozialisten prinzipielle Gegner einer Lotterei sind. Die Lotterie ist den Wünschen der Mitglieder entsprechend ausgebaut worden, d. h. es sind auf Kosten der ganz großen Gewinne mehr kleine Gewinne geschaffen worden, nur die Hauptgewinne sind so unbedeutend, daß sie den Lotteriegewinnern als unbedeutend erforderlich zur Bekämpfung des Geschäftes angesehen werden.

Aus der Mitte der Versammlung wurden sehr wertvolle Anregungen gegeben, wie man den Umsatz der Soße heben könnte. Auch über den Nebenbetrieb und die Gewinnverteilung wurden die Erfahrungen ausgetauscht. Im Anschluß an die Lotterie soll dann wieder die Vortragaktion wie in den vergangenen Jahren stattfinden, doch soll in diesem Jahre die Verteilung der Referenten an die einzelnen Orte nach Maßgabe des Umsatzes an den Orten festgelegt werden, so daß auch hier ein Anteil gegeben ist, viel Soße umzusetzen. Nach der Mittagspause waren die Teilnehmer vom Ortsauschluß Halle zur Besichtigung seiner neuerbauten Volksspeisung eingeladen worden. In den geschmückten Räumen wurden sie vom Vorsitzenden, Genossen Schröder, herzlich begrüßt. In einer kurzen Ansprache wies er auf die Schwierigkeiten der Gründung hin, welche nur durch die fröhliche Mitarbeit unserer Freunde vom VDBB. behoben werden konnten, und gab seiner Genehmigung Ausdruck, daß sich dieses Unternehmen so gut entwickeln habe.

### Die Sammlung

### von Kleidung und Hausrat

der Winternothilfe beginnt morgen, Donnerstag, Wagen der Schuhpolizei fahren mit Helfern, die mit Ankleiden und Polsterarbeiten versehen sind, durch die Straßen. Am 20. (1. Tag) wird gesammelt in der: Anhalter Straße, Parkstraße, Auguststraße, Carlottastraße, Dorststraße, Marienstraße, Martinstraße, Dogenstraße, Marienstraße, Rößlerstraße, Zöpferstraße, Schimmelstraße, Albert-Dehner-Straße, Breitenberger Straße, Bauhof, Or. Berlin, Braunsstraße, Bäckerstraße, Sternstraße, Rammelsstraße, Schmeerstraße, Am 21. (2. Tag): Franzstraße, Wartenburgstraße, Leipziger Straße, Büschdorfer Straße, Grimmstraße, Gerhartstraße, Kronenröder Straße, Gasstraße, Straße, Delitzscher Straße, Freiländer Straße, Landberger Straße, Weidenberger Straße, Viehhofstraße. Die Winternothilfe hilft. Sachen möglichst so abzuliefern, daß Zusammengehöriges miteinander zusammengebunden ist. Das gilt besonders für das Schuhwerk.

### Eine letzte Konkursverhandlung

Höchstens 5 Prozent im Schwarz-Konkurs.  
Im Bankrotprozeß Schwarz begann am Dienstag die Vernehmnehmung. Als erster Zeuge berichtete der Konkursverwalter Rönke über die augenblickliche Lage des Schwarz'schen Konkurses, der nachschonmal erst nach zwei Jahren beendet sein wird. Nach dem augenblicklichen Stand haben die Gläubiger eine Konkursdividende von nur 5 Prozent zu erwarten. Die Gesamtsumme der Gläubigerforderungen beläuft sich auf mehr als eine halbe Million Mark.  
Vom Personal des Angeklagten wurden jedoch vernommen die Zeugen G. u. J. E., die das Bestellenkonto und vor allem das sogenannte Konto mit zu führen hatte, und der Zeuge Kirchhoff, der Kassierer bei der Firma Schlicht war. Eobann berichtete als Zeuge der Direktor G. E. über die Geschäftsbekämpfung des Angeklagten mit der Bankbank. Zu den Beträgen Rönke und Dr. G. E. wurden schließlich die Geschädigten endlich als Zeugen vernommen. Beide bestätigten in vollem Umfang die Sachdarstellung der Anklage, während der Angeklagte trotz dieser Aussagen nach wie vor beharrte, den Geschädigten betragsmäßig Verpfändungen gemacht zu haben.  
Am Donnerstag wird die Vernehmnehmung fortgesetzt.

### Reichmann-Beralech wird durchgeföhrt

Das Reichsaussch. H. F. Reichmann bringt im Laufe dieser Woche eine weitere Quote von 5 Prozent an die Einleger zur Auszahlung, nachdem im März 10 Prozent zur Verteilung gelangt waren. Im Rahmen des Liquidationsvertrages wurden bisher insgesamt Werte von 2.800.000 RM. flüssig gemacht. Davon demsprüchten aber im voranz die Banken für die vor der Zahlungs-einstellung dort ausgenommenen Robote auf Grund ihrer Sicherheiten 1.800.000 RM. Die Lasten für Gehälter der unter Krümmungsliquidation 70 Angestellten betragen 170.000 RM., und die Kosten für das gerichtliche Vergleichsverfahren 50.000 RM. Mit der vorzugsweisen Bezahlung der besten Vorkreditgläubiger und den obenanzunehmenden Lasten war vor vorderein gerechnet worden.  
Angesichts der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse ist eine schnellere Durchführung der Liquidation im Interesse der Gläubiger nicht möglich geworden. Die laufenden Liquidationskosten konnten bisher durch Zinsrücklagen gedeckt werden. Jetzt werden nur noch vier Angestellte beschäftigt.

### Handwagensuchen gefährlich.

In der Reilstraße fuhr gestern Abend ein Ballastwagen gegen einen Handwagen, der von zwei Männern gezogen wurde. Beide wurden mit erheblichen Verletzungen im Krankenhaus gebracht. Ein ähnlicher Unfall hat sich auch in der Bogelstraße ereignet, wo ein Motorradfahrer auf einen Handwagen aufstieß. Hier war es der Motorradfahrer, der verletzt wurde und dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

### Schwarz-Konkurs.

In der Benkenroder Straße war gestern Abend gegen 10 Uhr ein Schwarz-Konkurs entfallen. Die Feuerwehr konnte nach 20 Minuten wieder abrücken.

### Geologische Expedition der Universität Wpala.

Die geologische Fakultät der Universität Wpala hat den Professor Ernst von Dobschütz als Leiter einer Expedition ernannt.

**Preis: Südd. Klassen-Lotterie**  
Ziehung 1. Kl. 21. u. 22. Oktober - Lose bei den staatl. Lotterieleitnehmern



# Merseburg

(Telefon Nr. 2002)

## Eine christliche (?) Verberge

Eigenartige Zustände scheinen auf der Hiesigen Verberge zur Zeit zu herrschen. Neben dem am Dienstag dem 13. Oktober, die Arbeiter, Biele, Stühle und Stuhl zu. Der eine der Bureaugen war juchend, Draußen ein orkanartiger Sturm, so daß man seinen Mund hinter dem Ofen vorlag. Beim Mittagessen bietet einer um ein Stück Brot, es gibt keinen, den Topf, etwa 1/2 Liter, für 35 Pf. Reiner kann von einer solchen Portion satt werden. Die Vergabe eines Stückes Brot wird von der Vergütung abhängig gemacht. Wer noch einmal einen haben will, muß bezahlen, sonst bekommt er keine. Nach dem Essen wollen einige Verbergsbewohner, Schach oder Dame spielen, denn es ist unmöglich, bei dem Wetter auf die Straße zu gehen. Die Wirtin verweigert die Herausgabe der Spiele mit der Bemerkung, Spiele bekommen nur Einheimische, sonst werden sie gemauert. Dabei stellt am Eingang der Tür „Zutritt für Einheimische verboten“, also bekommt niemand ein Spiel. Aber doch, es spielen in welche es sind die, etwa 5 bis 6 Personen, Bier und andere Getränke, ganz nach Belieben kann sich jeder kaufen. Die Wirtin sagt, „Sie denken wohl, Sie können sich die Stühle voll kaufen und nichts bezahlen?“ Also ba liegt der Saft im Pfeffer. Wenn der Kernte der Kamm nicht verschoben werden kann, wird der Antrag nicht angenommen in dieser christlichen Verberge. Wir hängen diese Zustände niedriger, weil wir glauben, daß diejenigen, die solche Verfassungen unterhalten, selbst solche Zustände nicht wünschen.

## Zinszuschüsse des Reiches.

Für die Inhaberschaft von Wohngebäuden. Zum Auslande von Örtchen werden noch Zinszuschüsse des Reiches gemäß den ministeriellen Bestimmungen für die vor dem 30. September 1932 begonnenen Arbeiten gewährt, wenn der Antrag des Grundbesitzers spätestens am 31. Dezember 1932, beim Magistrat schriftlich gestellt ist.

## Brandstiftung?

In den Abendstunden gegen 18.10 Uhr entstand im Keller der Bandmaschinenfabrik Berufsvereinsgesellschaft zwischen einem Gerüst ein leichter Brand. Es besteht der Verdacht der Brandstiftung.

## Was der Sturm anrichtete.

Ein Kaminbrand, hervorgerufen durch den herrschenden Sturm, wies die Feuerwehr nach dem Roten Brückendamm 17. Da es ein neues Haus ist, konnte der Brand rasch erstickt werden, ohne daß größere Schäden entstanden. Am Sonntag hat der Sturm, nachdem er bei der Strohgeschleifer, Verkehrszeichen und Dachziegel heruntergeweht und daß auch einige Fensterscheiben daran glauben mußten, größeren Schaden nicht angerichtet.

## Motorrad gestohlen.

In der letzten Nacht ist in der Hiesigen Straße ein motorisiertes Schwab ein Motorrad gestohlen. Die Ermittlungen nach dem Täter sind im Gange.

**Kaufverbot Kurze und Arbeitsgemeinschaften.** Die Vortragende Dr. Wietze, Behörde für Wirtschaft, Kaufverbot, wird am Montag 20 bis 22 Uhr in die Aula der Städtischen besetzt. Beginn: Montag, den 24. Oktober 1932.

## Weitere Kontrollen für Erwerbslose

Unpödemäßige Sparmaßnahmen des Arbeitsamtes.

Schaffstädt. Der Leiter des Arbeitsamtes Halle, Dr. Holz, teilt mit, daß aus Rücksicht auf die Wirtschaftslage das Arbeitsamt gezwungen sei, verwaltungsähnlich äußerst sparsam zu wirtschaften, und daß deshalb mit dem 1. August 1932 die Kontrolle der Arbeitslosen durch den Magistrat aufgehoben wird und vom 25. Oktober an für die bisher von dieser Stelle kontrollierten Unterstellungsampfangen die Nebenstelle Wache in Aufhofsitz ist. — Zu dieser Sparmaßnahme des Arbeitsamtes haben die 300 von der Hiesigen Stelle Schaffstädt bisher kontrollierten Unterstellungsampfangen in einer Verammlung am Sonntagabend Stellung genommen und einstimmig erklärt, sich auf keinen Fall mit dieser Zumutung des Dr. Holz einverstanden zu erklären, denn es sei höchst unzulässig, von den Erwerbslosen zu verlangen, daß sie, um sich kontrollieren zu lassen, einen überaus lächerlichen Weg von über 20 Kilometern nach Wache zurücklegen müssen.

Kuch ist es nicht recht verhältniß, was man bei dieser Verlegung der Hiesigen Stelle nach Wache sparen will, zumal die Wache Schaffstädt den bisher benötigten Raum sowie das Material kostenlos dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt hat. — Wie schon gesagt, wird Dr. Holz mit dieser Sparmaßnahme auf ein geschlossenes Arbeitsamt in Aufhofsitz gezwungen, und es ist zu wünschen, daß diese Sparmaßnahme des Arbeitsamtes Halle nach Anhören der Erwerbslosenskommission rückgängig gemacht wird.

## Volkschule und freiwilliger Arbeitsdienst.

Schaffstädt. Am 20. Oktober wird in Schaffstädt in den vorigen Jahre begonnene Erwerbslosenbildung fortgesetzt. — Mit diesem Tage beginnt in der Volkschule ein neuer Kursus der Volkshochschule über Arbeitsrecht, als Lehrer dafür ist Eicher (Dürenberg) gewonnen. Auch können die Verharmlosen in dieser Zeit in Schaffstädt, einen freiwilligen Arbeitsdienst aufzusuchen, durch diese Arbeiten, die von jugendlichen Erwerbslosen ausgeführt werden, außerdem nützliche Sachen geschaffen werden sollen.

# Zum Danken!

## Frage deines kommunistischen Nachbarn.

ob er jemals über den innerparteilichen Zustand der K.P.D. nachgedacht hat. Diese Partei, die eine totalitäre Umgestaltung der ganzen Gesellschaft auf ihrer Fahnen schreibt, besitzt nicht einmal ein festes Fundament. „Die K.P.D. ist in Deutschland die einzige Arbeiterpartei“, wird er die „Rote Fahne“ zitieren, doch frage ihn, wozu er eigentlich den Anspruch der K.P.D. als einzige Arbeiterpartei nicht häufig begründen will? Frage ihn, wie es um das politische Parteilager seiner Genossen und um die Frustration und Missetat in seiner Organisation bestellt ist. „Das sind alles bösartige Verleumdungen unserer Genossen“, wird er sich herauszureden haben.

## Antwort dem Kommunisten

Antworte dem Kommunisten, daß mit den offiziellen Angaben seiner Partei, nach denen fast 90 Proz. ihrer Mitglieder Arbeiterlose, kaum 10 Proz. ihres Bestandes also, noch in Betrieben beschäftigt sind. Sage ihm, daß Arbeiterlosigkeit überhaupt kein Mangel, sondern ein Stück des kapitalistischen Systems ist. Sage ihm aber auch, daß eine Partei, die Anspruch darauf erhebt, Vertreterin der Interessen des ganzen Proletariats zu sein, unter den Massen der Arbeitslosen aber so wenig Boden besitzt, für einen proletarischen Arbeiter keine ernst zu nehmende politische Kraft ist.

## Sage dem Kommunisten,

daß nur 7 Proz. seiner eigenen Parteigenossen noch Mitglieder freier Gewerkschaften sind. Mache ihn darauf aufmerksam, daß eine Partei, die den Millionenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse vorzuziehen will, was sie zu tun und zu lassen haben, zum einmal ihrer eigenen Mitglieder anheften soll, ihrer primitivsten proletarischen Organisationspflicht zu genügen.

Und dann erkläre dem Kommunisten auch, daß die Feststellung seines Führers Wirth in einer Parteivorstandssitzung, wonach fast 50 Proz. der K.P.D.-Mitglieder erst 1930 in die Partei eintraten, die Funktionen der K.P.D. als Partei überflüssig und die Parteilosigkeit grenzenlos ist, nur einen Zustand transponiert, der nicht in sozialistischer Organisationsmängel keine Kräfte hat, sondern die logische Konsequenz der verfallenen Politik der K.P.D. und K.O.D. bedeutet.

## Sage dem Kommunisten,

daß die unanständigen Feststellungen auch ihn bewegen müssen, seinen Platz dort zu nehmen, wo es am ehesten mit Erfolg gegen Kapitalismus und Sozialismus kämpfen kann: in der Eilernen Front des gewerkschaftlich in den freien Gewerkschaften und politisch in der Sozialdemokratie organisierten Proletariats.

## Kreis Querfurt

# Ein sittlicher Erneuerer Deutschlands

## Das Recht der ersten Nacht?

Unterleitet. Am 8. August 1932 wurde die künftige und schändliche Ehefrau des Meisters Knuth von dem Impetator St., welcher eingetragenes Mitglied der NSDAP ist und sich dort sehr aktiv betätigt, in der gemeinsamen Wohnung getötet. Der Unhold ließ die Frau unter dem Vorwand, ihre zu gehen, wo sie die Futterpreise bezahlen sollte, auf den Strohsack. Dort warf er sie ins Erdb, rief der laut um Hilfe rufenden Frau die Kleidung vom Leibe und vergewaltigte sie. Unter Drohungen verlangte er dann von der Frau, der Desertionist und ihrem Mann nichts zu sagen. Wenn man die Nachforschungen solcher Angelegenheiten an den armen Sonderbeurteilten lenkt, kann man sich denken, daß die Frau aus Angst um Verlust der Stellung diesen Vorfall ihrem Mann verschwiegen. Der „sittliche Erneuerer“ wurde aber durch diese Verheimlichung immer aufdringlicher, er

## verlangte das geistliche Weib auf Schritt und Tritt.

Mit Drohung und Gewalt versuchte er jede passende Gelegenheit mit seinem Gewalttätigkeitsanwandlungen. Als die Frau in der vergangenen Woche wiederum im Falle von ihm verweigelt wurde, schickte sie zu ihrem Mann, welcher sich ganz schnell schickte und gelang ihm die auf den bangen Besuchen. Der Mann stellte darauf diesen seinen „Erneuerer Deutschlands“ zur Rede. Der Unhold behauptete noch die Freiheit, dem Arbeiter die Hand zu bieten, um sich mit ihm zu einigen. Der Arbeiter lehnte dieses natürlich mit Recht ab und sprach vor ihm aus und sagte ihm, ein Verleumdung, welcher sich an schändlichen Proleten- und Arbeiters nicht wert. Nun fing der Held des Dritten Reiches an zu jammern, um bliebe nur eine Frage übrig. Da der sittliche Erneuerer behauptete, er sei ein soz. mehrere große Sticker bei, ist diese Tat um so verwerflicher, da durch diese Gemeinheiten zwei Familien sittlich und moralisch zerstört sind. Eine besondere Brutalität darf man nun noch die

## sittliche Entlassung des Gemeinwesen durch den genannten Impetator.

Der Ritterschaftsbesitzer R. aber nahm diesen farbigen Erneuerer noch in Schutz, indem er wohl die schifflose Entlassung juristisch aber den Arbeiter mit einer Frist von 14 Tagen kündigte mit der Begründung, er mache seine Arbeit nicht mehr ordnungsmäßig. Sonderhefte! Seit für nun, wie man wieder verlangt, auch in wirksamen Orken einer brutalen Drogenmacht zu machen. Die man wieder das Recht über Cure Frauen sich anmaßt, welches in einem Gesetz der „guten alten Zeit“ verankert war, wo dem Herrn das Recht der ersten Nacht zuzuschreiben.

Sonderhefte! Es wird ein bitteres Erdenleben geben für Euch, wenn Ihr Euch nicht bedarft, daß Ihr eine große und gelobte Macht darstellt, wenn Ihr einig seid darum, einen in den Deutschen Sanitarbeiterverband, in die Berufsorganisationen Laubender, von Sonderbeurteilten

„arbeiterrinnen, hinein in den DSB, kämpft mit Schulters am Schulter mit Euren Klassen- und Kampfgewissen für die Freiheit der deutschen Arbeiterklasse, für den Sozialismus, gegen die Barons- und Herrenschaft im kommenden Sozialkampf. Stimmt und werft eure Stimme in die Waagschale für die

## Sozialdemokratie, bitte Nr. 2!

## Städtisches Warmwasserbad.

Querfurt. Von jetzt ab ist das städtische Warmwasserbad in der Baumhülle Mittwoch, Freitag, Sonnabends von 9—12 Uhr und Sonntags von 8—12 Uhr geöffnet. Zur Hebung der Benutzung der Bäder sind diese in der Weise besteuert, daß eine Karte für zwei Bäder nur noch 2,25 RM. (anstatt bisher 3 RM.) kostet.

## Don-Rosalen-Chor

Die Don-Rosalen singen! Seit Jahren seien sie nun durch die Welt; von kleinen Anfängen innerhalb weniger Monate, gründe sich ihr Bestand, überausere der Erfolg, der auch bei künstlerischen Darbietungen oft ein launischer Geselle ist, die diesen Höhe überwindet. Überall finden die Don-Rosalen ein aufnahmefähiges Publikum, das sich immer wieder vom Zauber des russischen Liedes und von dem leichten, fast grünen Schauer, den (von das Wort „Rosalen“ beim neuen Hörer auslöst, gelangen nehmen läßt. Und die Don-Rosalen wissen von den (vielen nebenbei) erscheinenden Dingen eines äußeren Erfolges, und sie tun natürlich nichts dagegen, sondern — und das müssen wir als ein kleines Wort anheben — betätigen das noch das höchste Hervortreten des militärischen Anstriches. Der da zum erstenmal in ein solches Konzert kommt, kann allerdings vermuten, daß dem die Kunst vor dem fremden Publikum nicht so leicht zu verstehen ist und nur eine Zalmi-Quadrat mit Glöckchen und Dergewöhnlichen übrig bleibt. All das betonen leider die Don-Rosalen bei ihrem Auftreten. Die Damen schlagen nur so zusammen; militärisch exakter Aufmarsch könnte beinahe den Eindruck erwecken, daß ein ebenso uninteressantes Konzert seinen Anfang nehmen soll. Aber erfindereiche Weise ist das stramme Getriebe hier nur bewusste Mästarde, für Spießerherzen berechnet, denen die hohe Bonnengas der Empfindung nur durch Soldatenmusik erhehelt.

Die künstlerischen Darbietungen der Don-Rosalen leiden hierunter nicht. Im Gegenteil werden sie den Klammern und sind nur Sänger, die den wahren Zauber ihrer Stimme, die Wärme ihrer Singschancen, das traustolle Wärme ihres Seins und die aufgedrehte Fröhlichkeit

## Wie kämpfen für die Freiheit und den Sozialismus!

Wir rechnen ab mit dem Auftakt der Frauen und Barone und der Diktator. Darum wählen wir die Site 2. Bedacht folgende öffentliche Versammlungen: Obhausen, Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Reiche“. Referent ist Bandtagsabgeordneter Weidmann (Anfänger). Die geladene werthige Bevölkerung muß diese Versammlungen besuchen. Kampffeld der Eilernen Front.

## Golzverkauf.

Rebra. Aus dem Fortschritt Rebra der von Selbstverpflichtung Fortwärtung gelangen am Donnerstag, dem 20. Oktober 1932, aus den Abteilungen 6, 7 (Erbezer) und 11 (Orles) nachstehende Kunst- und Brennholz meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf: 32 Stück Fichtenlängen III. Klasse (auf dem Draß), 6 Baummeter Buchen- und Eichen-Scheite, 10 Baummeter Buchen- und Eichen-Schnitz, 8 Baummeter Fichten-Schnitz (2 Meter lang), 166 Baummeter Buchen- und Eichen-Reiß I. Klasse. Zusammenkunft: 11 Uhr vormittags im Gasthaus zu Wippach.

## Filmveranstaltungen des DSB.

Der Deutsche Sanitarbeiter-Verband veranstaltet im Oktober in den Kreisen Querfurt, Merseburg und Ebersberg eine Anzahl Werbeabende mit Filmvorführungen. Zur Ausführung kommt der lustige Film „Des Weibes Schwere“ mit Schallplattenmusik. Die Kollegin Anna Jell (Berlin) hält hierzu einen Vortrag über „Ein Gang durch die Wirtenschaftsgeschichte“. Der Film ist sehr lehrreich und schildert das Sein und Werden der menschlichen Gesellschaft. Die nächsten Werbeabende finden statt: Donnerstag, den 20. Oktober, in Dödlitz im Gasthof „Holl“. Freitag, den 21. Oktober, in Barnstädt im Gasthof „Holl“. Sonnabend, den 22. Oktober, in Bretz im Gasthof „Holl“. Sonntag, den 23. Oktober, in Rebra im Gasthof „Holl“.

Die Veranstaltungen beginnen um 8 Uhr. Hierzu sind alle Gewerkschaftsmitglieder, Parteigenossen und deren Familienangehörigen eingeladen.

## Jaalkreis

## Dauermärkte für Gewerkslose

Weshalb diese Maßnahmen? Stellen. Den Arbeitslosen der Gemeinden Nietleben, Dödlitz, Bieslau, Kettin, Schützberg und Wachsenitz steht eine besondere Freude bevor. Bei der letzten Kontrolle am Dienstag wurde durch die Ausgabe angeordnet: Am Montag, dem 24. Oktober, wird die Hilfsstelle Dödlitz den Arbeitslosen einen Markt ausstellen. Die Arbeitslosen haben sich zur Kontrolle in Halle wie folgt zu melden: Um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 24. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 25. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 26. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 27. Oktober, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 28. Oktober, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 29. Oktober, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 30. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 31. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 1. November, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 2. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 3. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 4. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 5. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 6. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 7. November, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 8. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 9. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 10. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 11. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 12. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 13. November, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 14. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 15. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 16. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 17. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 18. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 19. November, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 20. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 21. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 22. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 23. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 24. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 25. November, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 26. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 27. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 28. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 29. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 30. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 1. Dezember, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 2. Dezember, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 3. Dezember, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 4. Dezember, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 5. Dezember, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 6. Dezember, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 7. Dezember, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 8. Dezember, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 9. Dezember, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 10. Dezember, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 11. Dezember, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 12. Dezember, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 13. Dezember, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 14. Dezember, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 15. Dezember, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 16. Dezember, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 17. Dezember, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 18. Dezember, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 19. Dezember, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 20. Dezember, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 21. Dezember, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 22. Dezember, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 23. Dezember, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 24. Dezember, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 25. Dezember, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 26. Dezember, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 27. Dezember, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 28. Dezember, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 29. Dezember, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 30. Dezember, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 31. Dezember, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 1. Januar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 2. Januar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 3. Januar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 4. Januar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 5. Januar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 6. Januar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 7. Januar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 8. Januar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 9. Januar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 10. Januar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 11. Januar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 12. Januar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 13. Januar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 14. Januar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 15. Januar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 16. Januar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 17. Januar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 18. Januar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 19. Januar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 20. Januar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 21. Januar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 22. Januar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 23. Januar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 24. Januar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 25. Januar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 26. Januar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 27. Januar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 28. Januar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 29. Januar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 30. Januar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 31. Januar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 1. Februar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 2. Februar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 3. Februar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 4. Februar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 5. Februar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 6. Februar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 7. Februar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 8. Februar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 9. Februar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 10. Februar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 11. Februar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 12. Februar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 13. Februar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 14. Februar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 15. Februar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 16. Februar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 17. Februar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 18. Februar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 19. Februar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 20. Februar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 21. Februar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 22. Februar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 23. Februar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 24. Februar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 25. Februar, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 26. Februar, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 27. Februar, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 28. Februar, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 29. Februar, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 30. Februar, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 1. März, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 2. März, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 3. März, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 4. März, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 5. März, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 6. März, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 7. März, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 8. März, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 9. März, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 10. März, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 11. März, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 12. März, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 13. März, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 14. März, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 15. März, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 16. März, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 17. März, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 18. März, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 19. März, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 20. März, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 21. März, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 22. März, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 23. März, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 24. März, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 25. März, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 26. März, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 27. März, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 28. März, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 29. März, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 30. März, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 31. März, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 1. April, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 2. April, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 3. April, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 4. April, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 5. April, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 6. April, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 7. April, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 8. April, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 9. April, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 10. April, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 11. April, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 12. April, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 13. April, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 14. April, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 15. April, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 16. April, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 17. April, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 18. April, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 19. April, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 20. April, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 21. April, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 22. April, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 23. April, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 24. April, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 25. April, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 26. April, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 27. April, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 28. April, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 29. April, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 30. April, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 1. Mai, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 2. Mai, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 3. Mai, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 4. Mai, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 5. Mai, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 6. Mai, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 7. Mai, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 8. Mai, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 9. Mai, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 10. Mai, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 11. Mai, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 12. Mai, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 13. Mai, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 14. Mai, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 15. Mai, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 16. Mai, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 17. Mai, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 18. Mai, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 19. Mai, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 20. Mai, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 21. Mai, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 22. Mai, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 23. Mai, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 24. Mai, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 25. Mai, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 26. Mai, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 27. Mai, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 28. Mai, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 29. Mai, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 30. Mai, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 31. Mai, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 1. Juni, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 2. Juni, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 3. Juni, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 4. Juni, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 5. Juni, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 6. Juni, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 7. Juni, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 8. Juni, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 9. Juni, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 10. Juni, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 11. Juni, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 12. Juni, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 13. Juni, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 14. Juni, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 15. Juni, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 16. Juni, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 17. Juni, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 18. Juni, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 19. Juni, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 20. Juni, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 21. Juni, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 22. Juni, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 23. Juni, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 24. Juni, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 25. Juni, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 26. Juni, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 27. Juni, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 28. Juni, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 29. Juni, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 30. Juni, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 1. Juli, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 2. Juli, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 3. Juli, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 4. Juli, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 5. Juli, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 6. Juli, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 7. Juli, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 8. Juli, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 9. Juli, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 10. Juli, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 11. Juli, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 12. Juli, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 13. Juli, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 14. Juli, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 15. Juli, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 16. Juli, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 17. Juli, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 18. Juli, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 19. Juli, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 20. Juli, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 21. Juli, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 22. Juli, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 23. Juli, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 24. Juli, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 25. Juli, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 26. Juli, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 27. Juli, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 28. Juli, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 29. Juli, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 30. Juli, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 31. Juli, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 1. August, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 2. August, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 3. August, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 4. August, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 5. August, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 6. August, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 7. August, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 8. August, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 9. August, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 10. August, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 11. August, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 12. August, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 13. August, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 14. August, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 15. August, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 16. August, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 17. August, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 18. August, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 19. August, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 20. August, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 21. August, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 22. August, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 23. August, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 24. August, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 25. August, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 26. August, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 27. August, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 28. August, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 29. August, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 30. August, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 31. August, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 1. September, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 2. September, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 3. September, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 4. September, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 5. September, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 6. September, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 7. September, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 8. September, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 9. September, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 10. September, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 11. September, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 12. September, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 13. September, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 14. September, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 15. September, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 16. September, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 17. September, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 18. September, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 19. September, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 20. September, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 21. September, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 22. September, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 23. September, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 24. September, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 25. September, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 26. September, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 27. September, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 28. September, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 29. September, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 30. September, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 1. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Mittwoch, 2. Oktober, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Donnerstag, 3. Oktober, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Freitag, 4. Oktober, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Samstag, 5. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Sonntag, 6. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Montag, 7. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Dienstag, 8. Oktober, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Mittwoch, 9. Oktober, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Donnerstag, 10. Oktober, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Freitag, 11. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Samstag, 12. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Sonntag, 13. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Montag, 14. Oktober, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Dienstag, 15. Oktober, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Mittwoch, 16. Oktober, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Donnerstag, 17. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Freitag, 18. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Samstag, 19. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Sonntag, 20. Oktober, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Montag, 21. Oktober, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Dienstag, 22. Oktober, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Mittwoch, 23. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Donnerstag, 24. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Freitag, 25. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Samstag, 26. Oktober, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Sonntag, 27. Oktober, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Montag, 28. Oktober, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Dienstag, 29. Oktober, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Mittwoch, 30. Oktober, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Donnerstag, 31. Oktober, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Freitag, 1. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Samstag, 2. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Sonntag, 3. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Montag, 4. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Dienstag, 5. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Mittwoch, 6. November, um 2 Uhr bis 3 Uhr am Donnerstag, 7. November, um 4 Uhr bis 5 Uhr am Freitag, 8. November, um 6 Uhr bis 7 Uhr am Samstag, 9. November, um 8 Uhr bis 9 Uhr am Sonntag, 10. November, um 10 Uhr bis 11 Uhr am Montag, 11. November, um 12 Uhr bis 1 Uhr am Dienstag, 12. November, um 2 Uhr bis 3

# Kreis Liebenwerda

## Für auskömmliche Sozialrenten

### Wichtige Bezirkskonferenz der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften

**Vom Liebenwerda.** Am Sonntag tagten hier die Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften im Saale (Saale) sprach über das Thema: „Der gegenwärtige Stand der Renten und Unterhaltungsfrage.“ Dabei sprach die Gründungsleiterin über die Bedeutung der Renten und Unterhaltungsfrage. Dabei sprach die Gründungsleiterin über die Bedeutung der Renten und Unterhaltungsfrage.

**Falls sich diese den Regierungenmaßnahmen nicht fügen, herrscht ihnen die Selbstschaffung.**

Oberhalb der Anwaltschaften durch Krieg und Inflation eine Milliarde Mark verloren. Aber für die Arbeitsfähigen ist eben kein Geld da. Wohl aber für Großkapital und Großgrundbesitzer. Den Herren schenkt man 2 1/2 Milliarden Mark durch Subventionen und Steuererlässe. Da seit 1. Juli 1930 nicht mehr mit dem Parlament regiert wird, sondern durch Notverordnung, ist es unsere Pflicht, den parlamentarischen Einfluß so zu stärken, daß nicht mehr gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern durch die Sozialdemokratische Partei regiert wird. Auch die Unterführungsfrage wieder die Gewerkschaften unter dem Rabinett Hermann Müller.

Ueber den Stand der Wohlfahrtsvereine und Fürsorgebehörden im Kreis Liebenwerda sprach Kreisvorsitzungsmitglied Genosse Dietrich (Grünemalde). Als Kommunalpolitiker vertritt es Genosse Dietrich, auch als Redner auf Versammlungen. Da wir unter dem Rabinett Hermann Müller die höchsten Unterhaltungsfrage der ganzen Welt hatten, so ist das gegenwärtige System dabei.

**Alle Erwerbsfähigen der Nachkriegszeit reiflos zu befähigen und den Fortschrittstand wieder einzuführen.**

Es soll wieder so werden, daß derjenige, welcher Unterhaltungsanspruch hat, auch die Mittel zu seiner Realisation erhalten soll und ihm auch das Brotrecht genommen wird. Wären die Arbeiter nicht so laich und sich einig, so wäre es gar nicht möglich, daß solche Zustände wie vor dem Kriege eingeführt werden könnten. Doch ist es aber nicht zu spät, und im kommenden Reichstagswahlkampf mit allen Mitteln durchzusetzen, damit die arbeitende Bevölkerung als Sieger hervorgeht. Je mehr wir an

freien Gewerkschaften zu empfangen. Ich erwarte, daß alle hier genannten Gewerkschaften sich mit uns verbinden und mit uns zusammenarbeiten werden. Wir werden uns bemühen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**6. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**7. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**8. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**9. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**10. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**11. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**12. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**13. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**14. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**15. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

**16. Bezirk (Saale).** Die Vereine hier, die Unterführungsfrage, sind in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und agieren für diese Bekämpfung von Renten der Unterführungsfrage.

# Kreis Zeitzsch

## Rat am Suchtaus vorbe

**Radebeul.** Am 17. August d. J. nahm der Oberlandjäger mit Unterstützung des Selbsthilfsvereins eine Durchsichtigung des Grundstücks der alten Flugschiffwerke in Radebeul vor. Es bestand nämlich der Verdacht, daß 200 Hektar Grundbesitz, die fast vorher einem benachteiligten Grundbesitzer gehörten, werden waren hier versteckt gehalten wurden. Den Beamten wurde von mehreren Bewohnern des Grundstücks Widerstand geleistet, weshalb diese sich am Dienstag vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten hatten. Diese hatte den Ankläger, als würden sie wegen Teilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung in Verbindung mit der Terrorverordnung zu je 10 Jahren Zuchthaus (!) verurteilt werden. Das Gericht nahm jedoch nur einfachen Widerstand gegen die Staatsgewalt an, so daß die vier Angeklagten, von denen drei aus Radebeul und einer aus Zeitzsch waren, mit Gefängnisstrafen von 6, 3 und 2 Monaten davonkamen.

# Kreis Jorgau

**Ein Mann zwischen zwei Namen.**  
Der 37jährige Arbeiter Otto Kuh aus Württemberg hatte sich wegen Doppelhe, Weineids und

intellektueller Urkundenfälschung vor dem Lögouzer Schörrichter zu verantworten. Kuh hat ein abenteuerliches Leben hinter sich, schon als er noch in Radebeul wohnhaft war. Eines Tages begab er sich zu einer Familie ohne Absicht und ging nach Rittenberg, wo er einen Mediziner Bürger kennen lernte, der auf der Suche nach Arbeit war. Kuh bot ihm seine Hilfe an und ließ sich von ihm einen Arbeitsausweis ausbilden, mit dem er verschwand. Unter dem Namen Bürger ging er in Jorgau eine neue Ehe ein. Wieder kam er mit den Geleiten in Konflikt. Und nun befand er sich in der Klemme. Unter dem Namen Bürger hatte er schon in der Vorhansung einen Weineid geleistet. Als Bürger bezog er Wohlfahrtsunterstützung. Unter dem falschen Namen leitete er wohl oder übel den Betrieb des Schwurgerichts des zweiten Weineids. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.

**Wittenermarke.** Von Spindler Kinderläsungen befallen wurde ein hiesiges Schulfeld. Die Schule wurde vorläufig geschlossen.

**Wittenermarke.** Von Spindler Kinderläsungen befallen wurde ein hiesiges Schulfeld. Die Schule wurde vorläufig geschlossen.

**Wittenermarke.** Von Spindler Kinderläsungen befallen wurde ein hiesiges Schulfeld. Die Schule wurde vorläufig geschlossen.

**Wittenermarke.** Von Spindler Kinderläsungen befallen wurde ein hiesiges Schulfeld. Die Schule wurde vorläufig geschlossen.

**Wittenermarke.** Von Spindler Kinderläsungen befallen wurde ein hiesiges Schulfeld. Die Schule wurde vorläufig geschlossen.

**Wittenermarke.** Von Spindler Kinderläsungen befallen wurde ein hiesiges Schulfeld. Die Schule wurde vorläufig geschlossen.

# Der Ruf um Hilfe

**Von Paul Marguerite.**  
Som flücht er kaum möglich ein geliebter, markenschilderndes Schrei. Eine forpulsive, vornehm gefeierte Dame stand auf dem jenseitigen Ufer, ganz die Hände und Füße aus Leibeskräften: „Zu Hilfe! ... Er ertrinkt! ... Zu Hilfe!“

**Hotel Weltkugel.** Schulfwaren  
Das gute gemütliche Familien-Restaurant mit billigsten Preisen. I. Küche / Feinlich saubere Zimmer mit fließendem Wasser  
Treffpunkt aller Skatbrüder

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
nur von 3005  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

die fluten. Er schwamm weiter. Zeitweise tauchte er unter, um den Ertrinkenden zu finden, dann kam er wieder an die Oberfläche. Blühlich verweidete er sich mit den Fischen im Zaß. Er geriet sich noch mit letzter Kraft heranz, fast aber sofort wieder in die Tiefe, kam nochmals zum Vorschein, begann mit den Händen umherzufingeln, röhete ein letztes Mal „Rettung!“ und verging.

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

# Sport und Spiel

**18. Spielvereinigung Burgorner-Altdorf.** Bezirksmeister des 7. Bezirks.  
Der 7. Bezirk hat seinen Vertreter zu den Kreispielen dieses Jahres ohne Aufstiegschancen ermittelt. Gegenüber den vorhergehenden Jahren wurde diesmal nicht in zwei Gruppen gespielt, sondern in einer Klasse. Wenn man berücksichtigt, daß 16 jährige Spieler nötig waren, um den Titel wieder zu erlangen, dann kann man Altdorf hier zu wohl berechtigt gratulieren. Mit 29 1/2 Punkten und einem Torerfolg von 64:16 Zonen wurde der Meistererfolg erkämpft.

**19. Spielvereinigung Burgorner-Altdorf.** Bezirksmeister des 7. Bezirks.  
Der 7. Bezirk hat seinen Vertreter zu den Kreispielen dieses Jahres ohne Aufstiegschancen ermittelt. Gegenüber den vorhergehenden Jahren wurde diesmal nicht in zwei Gruppen gespielt, sondern in einer Klasse. Wenn man berücksichtigt, daß 16 jährige Spieler nötig waren, um den Titel wieder zu erlangen, dann kann man Altdorf hier zu wohl berechtigt gratulieren. Mit 29 1/2 Punkten und einem Torerfolg von 64:16 Zonen wurde der Meistererfolg erkämpft.

**20. Spielvereinigung Burgorner-Altdorf.** Bezirksmeister des 7. Bezirks.  
Der 7. Bezirk hat seinen Vertreter zu den Kreispielen dieses Jahres ohne Aufstiegschancen ermittelt. Gegenüber den vorhergehenden Jahren wurde diesmal nicht in zwei Gruppen gespielt, sondern in einer Klasse. Wenn man berücksichtigt, daß 16 jährige Spieler nötig waren, um den Titel wieder zu erlangen, dann kann man Altdorf hier zu wohl berechtigt gratulieren. Mit 29 1/2 Punkten und einem Torerfolg von 64:16 Zonen wurde der Meistererfolg erkämpft.

**21. Spielvereinigung Burgorner-Altdorf.** Bezirksmeister des 7. Bezirks.  
Der 7. Bezirk hat seinen Vertreter zu den Kreispielen dieses Jahres ohne Aufstiegschancen ermittelt. Gegenüber den vorhergehenden Jahren wurde diesmal nicht in zwei Gruppen gespielt, sondern in einer Klasse. Wenn man berücksichtigt, daß 16 jährige Spieler nötig waren, um den Titel wieder zu erlangen, dann kann man Altdorf hier zu wohl berechtigt gratulieren. Mit 29 1/2 Punkten und einem Torerfolg von 64:16 Zonen wurde der Meistererfolg erkämpft.

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

**Die gute Kartoffel.** A. Koch  
Karl Paul Otto  
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

**Serviererkantone der „Höhe“ Zeitzsch.**  
Am Sonntag einer Herbstveranstaltung standen sich am Sonntag „Höhe“ Zeitzsch und „Höhe“ Zeitzsch im Saale. Die Veranstaltung wurde von den Funktionären der Partei und der Gewerkschaften im Saale (Saale) sprach über das Thema: „Der gegenwärtige Stand der Renten und Unterhaltungsfrage.“ Dabei sprach die Gründungsleiterin über die Bedeutung der Renten und Unterhaltungsfrage.

**Serviererkantone der „Höhe“ Zeitzsch.**  
Am Sonntag einer Herbstveranstaltung standen sich am Sonntag „Höhe“ Zeitzsch und „Höhe“ Zeitzsch im Saale. Die Veranstaltung wurde von den Funktionären der Partei und der Gewerkschaften im Saale (Saale) sprach über das Thema: „Der gegenwärtige Stand der Renten und Unterhaltungsfrage.“ Dabei sprach die Gründungsleiterin über die Bedeutung der Renten und Unterhaltungsfrage.

**Serviererkantone der „Höhe“ Zeitzsch.**  
Am Sonntag einer Herbstveranstaltung standen sich am Sonntag „Höhe“ Zeitzsch und „Höhe“ Zeitzsch im Saale. Die Veranstaltung wurde von den Funktionären der Partei und der Gewerkschaften im Saale (Saale) sprach über das Thema: „Der gegenwärtige Stand der Renten und Unterhaltungsfrage.“ Dabei sprach die Gründungsleiterin über die Bedeutung der Renten und Unterhaltungsfrage.

**Serviererkantone der „Höhe“ Zeitzsch.**  
Am Sonntag einer Herbstveranstaltung standen sich am Sonntag „Höhe“ Zeitzsch und „Höhe“ Zeitzsch im Saale. Die Veranstaltung wurde von den Funktionären der Partei und der Gewerkschaften im Saale (Saale) sprach über das Thema: „Der gegenwärtige Stand der Renten und Unterhaltungsfrage.“ Dabei sprach die Gründungsleiterin über die Bedeutung der Renten und Unterhaltungsfrage.



# Der Reichstags-Nazipräsident mußte dringend zur Jagd

## Görings Böcke

Aus einem Brief des Präsidenten des Preussischen Landtags Herr an den Staatssekretär für Landwirtschaft hat man feinerzeit erfahren, daß Herr Göring in preussischen Staatsforsten einen Hirsch jagen wollte, daß er aber von einer ihm gebotenen Gefolgshilfe keinen Gebrauch gemacht hat, weil ihm der Hirsch zu wenig wertvoll erschien. Herr Göring nicht dazu gekommen ist, sich an Hirschen weidmännisch zu erproben, ist er im Reichstag selbstbewußt auf die Böcke losge-

gangen und hat einen kapitalen Bock nach dem anderen geschossen. Inzwischen scheint ihm die Einsicht aufgegangen zu sein und er will nun lieber statt Böde Hirsche schießen. Da er aber mit den dünnen Hirschen nicht zufrieden ist, die ihm die kommissarische Verwaltung in Preußen zum Abschuss vorküpfeln lassen wollte, ist er ins Bekannte zurückgegangen, so daß die medienberühmte Presse hofmäßig mitteilt, daß die medienberühmte Hirschjagd in der Staatsregierung - d. h. daß der Schwager von Herrn Goebbels - Herrn Göring im Wildpark Friedlich-

moor den Abschuss eines kapitalen Rotkehlchens genehmigt habe. In seinem Schreiben an den Staatssekretär für die Landwirtschaft hat der Herr Göring zu verstehen gegeben, daß Herr Göring bis zum nächsten Jahre warten wird, weil dann, wie selbst die Hirsche in der Schockperiode vertieren werden. Entweder hat nun Herr Göring nicht warten können, oder die Hoffnungen der Nazis auf die Wiederernte der Regierung in Preußen sind so gestiegen, daß Herr Göring sich lieber mit einem medienberühmten Hirsch befassen und auf die preussischen Staatsböde verzichten will.

## Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung?

Von Wl. Woytinsky

Die regierungsfreundliche Presse berichtet täglich über Neueinstellungen von Arbeitskräften in den Betrieben. Der Reichstanzler hat nur kurzam in einer seiner Reden herorgehoben, daß im September die Arbeitslosen Zahl in den Arbeitsämtern sich um 124 000 vermindert hat, während im Vorjahr derselbe Monat eine Zunahme der Arbeitslosen Zahl um 140 000 gebracht hatte. Diese Gegenüberstellung sollte für die Wirtschaftspolitik der Regierung das höchste Lob bedeuten.

Wie steht es aber in Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt aus?

Die Berichte der Arbeitsämter weisen seit Frühjahr den Rückgang der Arbeitslosen Zahl nach, der betamlich nicht auf die Entlassung des Arbeitsmarktes, sondern auf die Beschäftigung des Unterhaltungsrechts zurückzuführen ist. Man ist daher gewarnt, aus ihren jüngsten Berichten mit großer Vorsicht entgegenzunehmen. Die Berichte der Gewerkschaften lassen eher erkennen, daß im September die Zahl der Arbeitslosigkeit wirklich etwas zurückgegangen ist. Nach den monatlichen Ausweisen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren unter dem Gewerkschaftsmitglied arbeitslos: Ende Juni 43,6 Prozent, Ende Juli 44,4, Ende August 44,5, Ende September 44,1 Prozent. Ein wärziger, kaum nennenswerter Rückgang, der allerdings in dieser Jahreszeit symptomatisch sein kann und sich zum Teil aus dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie der Rotkammerarbeiten erklären läßt.

Auch die Kurzarbeit ist etwas zurückgegangen. Ende August fanden 22,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Kurzarbeit, Ende September waren es 22 Prozent; die durchschnittliche Arbeitszeit betrug Ende August 14,2 Stunden, Ende September 13,7 Stunden in der Woche. Die gesamte Arbeitslosigkeit (unter Umrechnung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit) ist damit von 51,2 auf 50,4 Prozent gesunken.

Eine kleine Verbesserung der Beschäftigung im September ist also eine Tatsache. Leider weiß man nicht, ob diese Verbesserung lange anhalten und fortgeschrieben wird. Vollständig abwegig sind jedenfalls die Berichte, die Wendung - vielleicht eine nur vorübergehende Wendung - im Konjunkturablauf in Verbindung mit den Angliederungsmaßnahmen zu legen. Der gute Regen der Gewerkschaften sollte sich auf die Wirtschaft erst im Oktober ergeben, seine Auswirkung in der Septemberstatistik des Arbeitsmarktes kommt daher nicht in Frage. Was andererseits die durch die Rotverordnung vom 8. September angeordneten Neueinstellungen von Arbeitskräften betrifft, so läßt sich ihr Umfang noch nicht übersehen.

In der Wirtschaft findet immer eine Fluktuation der Arbeitskraft statt: in den einen Betrieben werden stets Arbeiter entlassen, während in den anderen neue Arbeitsplätze geöffnet werden. Die Arbeitsämter allein haben im September 1931 rund 270 000 Arbeitslose vermittelt, während die Arbeitslosen Zahl in diesem Monat um 140 000 angewachsen war! Nach der Statistik der Krankenkassen schwankt die Zahl der Arbeitskräfte, die monatlich von einem Betriebe abgetreten und von einem anderen angenommen werden, um 1,5 Millionen monatlich. An der Regel handelt es sich hier um Reibekräfte (von Arbeitskräften (im Sinne der Rotverordnung), der allerdings die Kürzung der Beschäftigten in den anderen Betrieben die Waage hält).

Wenn die Unternehmer nur einige zehntausende Neueinstellungen als Vorwand für die Anwendung der Rotverordnung angewendet haben, bedeutet dies einen fälligen Widerspruch des durch die Rotverordnung geschaffenen Systems.

Bedrängten beginnen auch die Unternehmer einzusehen, wie unzulänglich dieses System ist, das einzelne Betriebe gegeneinander auspielt, alle Grundlagen des gesunden Wettbewerbs auf dem Markt zerstört und in der Arbeiterkraft die äußerste Erbitterung und Enttäufung erweckt.

An den letzten Wochen sind unzählige Fälle bekanntgeworden, wo es den Arbeitern gelungen ist, die Lohnkürzung auf Grund der Rotverordnungen abzumehren. Der DGB versucht, einen statistischen Lebensrück über den Umfang und die Ergebnisse dieses Abwehrkampfes sowie über die Auswirkung des neuen Arbeitsvertragsystems zu gewinnen. Bisher sind Berichte von sechs Verbänden eingetroffen, die sich auf 167 Betriebe mit rund 35 000 Beschäftigten beziehen. Im ganzen sind hier 6400 Arbeiter (19 Prozent der früheren Beschäftigung) mehr eingestellt worden. Ein vierter Teil der Beschäftigten wurde die Lohnkürzung um eine zehnprozentige Lohnkürzung für die 31. bis 40. Stunde eingetretet, bei einem Drittel schwankt die Lohnkürzung zwischen 20 bis 50 Prozent. Dies ist ein Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes, das sich sehen läßt.

Dies alles läßt erkennen, wie wenig der jüngst geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Rechnung des von der Regierung angeführten Wirtschaftspolans zu setzen ist.

# Späte Einsicht „nationaler“ Heizer

„Die Korruptionsriecherei von 1932 übertrifft noch die Spionierriecherei von 1914“

Den Spracherbe des Herrenclubs und der Barone, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, entgingt sich folgendermaßen Stößiger:

„Die Wankler unseres politischen Kampfes sind so unselbstig geworden, daß das öffentliche Leben schwer darunter leidet. Die Einkünfte des deutschen nationalen Abgeordneten Steuer in einem der vielen überflüssigen Ausschüsse des Preussischen Landtags betrachten wir in diesem Zusammenhang als eine Entgeißelung, die wieder gut gemacht werden wird. Sie beweiht nur eins, und das ist allerdings erfreulich, daß selbst ein preussischer Landtagsabgeordneter keine Vorstellung davon hat, was ein wirkliches politisches „Panama“ ist. Der frühere Finanzminister Kappeler erfreut sich nirgends besonderer Sympathien, und wir sind die Letzten, die ihn verteidigen möchten. Aber ihm vorzuziehen, daß er als Chef der Preussischen einer der größten Städte des Landes einen Kredit vermittelt hat, während gerade ein Kommunistenminister wie Herr Steuer müssen muß, daß die deutschen Kommunisten, große und kleine, in den vergangenen Jahren die Ministerpräsidenten Bertins geradezu belagert haben, weil sie sich nicht mehr zu helfen wußten, ihm einen Kredit aus einem inwärtigen aus auf Heller und Pfennig zurückzubekommen Darlehen von 12 000 M. an einen hohen Beamten zu drehen, ihm jenes politische Sonderkonto A anzutreiben, aus dem vielleicht auch einige fragwürdige Unternehmungen finanziert worden sind - die Berichte mögen sich mit aller Eindringlichkeit damit beschäftigen, gewiß, aber diejenige Aktion der letzten Monate, auf der wir überleben nicht, zur Zeit des Staat bröckelt, das ist politisch nicht besonders klug.“

Männer wie Braun und Seering sind von

unserem Standpunkt aus sofort zu bekämpfen, aber sie haben keine Schände. Die Korruptionsriecherei von 1932 übertrifft noch die Spionierriecherei von 1914. Bei dem politischen Gegner tragt man zuerst danach, wieviel Gehalt er im Durchschnitt der letzten drei Jahre bezog. Welches ist übrigens das Maximumelkommen, das nach Ansicht der Erneuerer eben noch erlaubt sein sollte?

Was ist das für ein gemeingefährlicher Unfug, den Reichstanzler zu einem beherrschenden Faktor des öffentlichen Lebens zu machen. Wie lange sollen wir uns, ohne energisch zu protestieren, diese Topfgederei noch gefallen lassen, diese lächerliche Verproletung des politischen Kampfes? Ob der Reichstanzler einer Wittfellerin 20, 30 oder 100 M. lenkt, geht die Wahlversammlungen nichts an. Den Vermögensverhältnissen der Großmütter der Reichsminister zum Zwecke der Demoralisation nachzugehen, ist laienförmig. Zum Schutz der persönlichen Ehre müssen die bestehenden Gesetze ebenso rücksichtslos angewendet werden wie das in der Verfolgung landwärtiger Verbrechen und Vergehen geschieht.“

Was und schon! Warum ist aber das Organ des Herrenclubs nicht schon früher zu dieser Einsicht gelangt? Etwas in der stillen Erkenntnis, daß es nicht schicklich ist, wenn die Steuer und Konfekten nicht nur Jahreslang den Topf sondern selbst den Nachtopf der republikanischen Ministerkommissionen stehen?

Der Bericht der politische Einsicht etwa mit einem Wind des Herrn von Bapen, der als früherer Aufklärungsorganisator der Berliner „Germania“ über Subventionen an

Zeitungem sicherlich recht gut Bescheid weiß? Ebenfalls kommt die Einsicht der „D.Z.“ richtiglich her. So läßt, daß sich jedenfalls bestimmte Gründe dahinter verbergen!

## Der gemeingefährliche Unfug

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrer Nummer 488 einen Anfall von Bernunft erlitten, als sie sich gegen „den gemeingefährlichen Unfug wendete, den Reichstanzler zu einem beherrschenden Faktor des öffentlichen Lebens zu machen“. Sie hat dagegen protestiert, daß es üblich geworden sei, seine politischen Gegner zuerst danach zu fragen, wieviel Gehalt sie im Durchschnitt der letzten drei Jahre bezogen haben. Es ist erst ein halbes Jahr her, daß in der Wochenchrift „Der Wortführer“, die im Verlag der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ergeht, ein gegen führende Sozialdemokraten gerichteter Artikel veröffentlicht wurde unter der wiesendenden Ueberschrift: „Bongen und ihr Einkommen“. In diesem Aufsatz wurden die verlogenen Behauptungen über das Einkommen der Sozialdemokratischen Wiffel, Dr. Herz, Koete und Stücken aufgestellt. Die Verteilenden hatten gefagt. Die Gerichtsverhandlung war für den Verfasser des Artikels moralisch erledigt, es endete mit seiner Verurteilung. Heute rüdt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von solchen Methoden ab. Sollte es nicht damit zusammenhängen, daß diese Methoden, die auch in den Kreisen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Sozialdemokraten üblich waren, nunmehr von den Nazis übernommen worden sind und gegen die Hintermänner der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ angewandt werden? Sie werden jetzt mit dem getroffen, womit sie gelüdnigt haben und hinterher kommt die Regel!

## „Kontingenterung erledigt“

Niederlande verhandeln mit Dapen nicht mehr

Eigener Bericht

Als eine Irrerführung des In- und Auslandes bezeichnet der „Neue Rotterdamse Courant“ die Ausstellungen des Reichstanzlers von Bapen in Rotterdam über seine Kontingenterungspläne. Der deutsche Zuhörer werde in den Wahn verlegt, als ob sich mit Niederland, dessen Widerstand gegen die Kontingenterung in Deutschland zu tiefen Eindruck gemacht habe, noch über die deutschen Pläne beraten läße. Damit erzeuge er bedeutende Missionen, denn ihm selbst müße klar sein, daß er entweder seine Wiffheiten aufgeben, oder mit den Niederländern, zu denen Niederland sich gezwungen sehen werde, rechnen müsse. Gegenüber dem Ausland sei es eine Irrerführung, wenn er von der Kontingenterung als einer zeitweiligen Notmaßnahme gesprochen habe, denn in Wiffheiten habe er selbst die Bevorrechtung der Landwirtschaft proklamiert und auch die „Lomatentommission“ falls die Kontingenterung anders ausfalle. Die Regierung von Bapen werde, wenn sie solche Pläne durchzuführen trachte, Niederland zwingen, seine eigenen dadurch entfallenden Rot Rechnung zu tragen.

## Zuchthausrevolte in Kanada

Eigener Bericht

Unter den 906 Anlassen des Zuchthauses in Portsmouth (Kanada) entstand am Montag ein Aufruhr, der von Truppen unterdrückt werden konnte. Die Zuchthäuser bauen Baracken und verhaften den Soldaten Widerstand zu leisten. Es ergaben sich jedoch, als die Truppen einige Gewehrpatronen abgefeuer hatten. Mehrere Sträflinge wurden verletzt.

## New Yorks Finanznot

Eigener Bericht

Die New-Yorker Stadtfinanzen sind wüßig gerüttelt. Die Stadtoberverwaltung sah sich unter dem Druck führender Wallstreetkreise gezwungen, für

etwa 75 Millionen Dollar Subgefürzungen vorzunehmen. Die führenden Banken hätten die Herabgabe eines sofort benötigten Darlehens abgelehnt, solange das Stadtbudget nicht ausbalanciert sei. Durch die Finanznot ist auch der 5-Gent-Einkelsteuersatz auf den städtischen Verkefsmitteln bedroht.

## „Schweden erwache!“

Bei der zehnten Staatskolonialausführung des Regersfides „Gottes grüne Wiese“ von dem irischen Autor Connolly warfen mehrere Junge Steine auf die Bühne, verdorbene Tomaten, Stinkbomben und Steine auf die Bühne. Ins Parteilatterten Flugblätter mit folgendem Text: „Schweden erwache“ zum Protest gegen das System, das solche Religionsführungen duldet! Die anwesenden Nationalsozialisten.“

## In der Lonne eingemauert

Mehrere New-Yorker Gangster finden den von ihnen beherrschten früheren Schmutzger Josef Bloom, einen Freund des jetzt im Zuchthaus sitzenden Al Capone, steckten ihn in eine mit feuchtem Zement ausgefüllte Lonne, nagelten das Faß zu und warfen es ins Meer. Als die Lonne nach mehreren Tagen aus Ufer gefchwemmt wurde, mußte der steinunterfukete Leichnam mit Hauten ausgefchlagen werden.

## Teures Bellen

Ein Hundebesitzer in Dhama (Nebraska USA.) wurde zu einer Schabenerziehung von 400 Dollar verurteilt. Der Hund des Baretellen hatte eine vorübergehende Frau durch sein Gebell erstickt, daß sie zu Boden stürzte, eine Gehirnverletzung erlitt und getötet wurde.

## Fleiß

In Treviso (Calabrien) starb im Alter von 80 Jahren die in ganz Italien bekannte Heilkräutervermittlerin Wiffort, die in ihrem Leben insgesamt nicht weniger als 10 000 Ehen zustande gebracht hat.

## Franzen im Staatsdienst

Was in Bracht-Preußen möglich ist

Eigener Bericht

Am 18. Oktober. In den preussischen Staatsdienst als Untergeschicht wieder aufgenommen wurde der ehemalige braunschweigische Regimenter Dr. Franzen in Kiel. Franzen wurde letztendlich bekannt in der Wiffere Hoch- und bei der Reichsgeoffnung 1900. Franzen, der in Braunschweig als Regimenter des Ministerium übernahm, kehrte später der Nationalsozialistischen Partei den Rücken und ließ sich in Kiel als Reichsamt nieder.

## Majestäten

Nehmt die Fürsten“ nicht zu ernst

Zur Fürstenhochzeit in Koburg ist eine lange Liste von Majestäten aufgestellt worden, die als Ehrengäste erscheinen sollen. Die auswürdigen Fürstlichkeiten werden durch eine Ehrenkompanie der republikanischen Reichswehr begrüßt werden. In der Mitte der Ehrengäste findet man die folgenden verzeichnet: „Die Jarin von Rußland“ - das ist die Großfürstin Katalin, die im April letzter, Kaiser „König Rupprecht von Bayern“ - damit ist der bayerische Erbprinz Rupprecht gemeint. Es wird sich sehr gut machen, wenn eine Ehrenkompanie der Reichswehr der deutschen Republik präsentiert für die Jarin von Rußland und den König Rupprecht von Bayern. Es wird in gleicher Weise eine Demonstration sein gegen die Sowjetunion, mit der die deutsche Republik nicht nur in Fortleben, sondern auch in freundschaftlichen Beziehungen lebt, wie gegen die deutsche Bevölkerung und die verfassungstreuen Staatsbürger in Deutschland!

## Das Volk der Arbeit kämpft sich frei

Durch die Freiheitsliste zwöl Sozialdemokraten!

